

Die Ablösung von **Guang Zhong** als Direktor der Abteilung für Organisation sowie die Rücktritte von **Ma Zhenfang** (Ma Chen-fang) als Parteichef der Provinz Taiwan und von **Chai Zhongxiong** (Ch'ai Chung-hsiung) als Parteichef der Stadt Kaohsiung wurden als eine Konsequenz aus der Niederlage der Regierungspartei bei den Wahlen vom 2. Dezember gewertet, wobei der Gesamtstimmenanteil der Guomindang von 70% (1986) auf 59% fiel. (ZYRB, CP, LHB und Zhongguo Shibaobao, Taipei, 28.12.89; Zhili Zhoubao, Taipei, 5.1.90; Xinxinwen, Taipei, 1.1.90)

Die gegenwärtige Personalstruktur des ZEK sieht nach den Umbesetzungen wie folgt aus:

Vorsitzender: **Li Denghui** (Lee Teng-hui, 67, Taiwan)

Generalsekretär: **Song Chuyu** (James C.Y. Soong, 47, Hunan)

Stellvertretende Generalsekretäre: **Gao Minghui** (Kao Ming-huey, 58, Taiwan); **Guan Zhong** (John C. Kuan, 49, Tianjin), **Zheng Shuizhi** (Cheng Shui-chih, 64, Taiwan)

Abteilungsleiter: Organisationsangelegenheiten, **Xiao Wanchang** (Vincent Siew, 50, Taiwan); Soziales, **Zhong Rongji** (Chung Jung-chi, 46, Taiwan); Jugendangelegenheiten, **Zhuang Huaiyi** (Chuang Huai-yi, 55); Frauenfragen, **Li Zhonggui** (Li Chung-kuei, 51, Jiangsu); China-Festlandsangelegenheiten, **Zheng Xinxiong** (Alexander Cheng, 48, Guangdong); Überseeangelegenheiten, **Zhang Xiaoyan** (John Chang, 47, Jiangxi); Kultur, **Zhu Jiying** (Chu Chi-ying, 54); Finanzkomitee, **Xu Lide** (Hsu Li-teh, 58, Henan); Komitee für Parteigeschichte, **Qin Xiaoyi** (Ch'in Hsiao-yi, 68, Hunan); Komitee für Disziplin, **Wu Juncai** (Wu Chen-tsai, 68, Hunan); Komitee für Politik, **Lin Dong** (Lin Tong, 76, Jiangsu). -ni-

privaten Investitionen wuchsen dagegen relativ langsam. Sie hatten im ersten Quartal eine Steigerungsrate von 14,8% und im dritten eine von 12,1% zu verzeichnen. Für das ganze Jahr wird ein Zuwachs von 12,9% erwartet, niedriger als der von 20% in den zwei Vorjahren. (LHB, 4.12.89)

Laut Angaben der taiwanesischen Zentralbank ist in den ersten drei Quartalen 1989 ein Gesamtkapitalvolumen von 8.040 Mio.US\$ ins Ausland abgeflossen; für das ganze Jahr soll der Kapitalabfluß bei rd. 10.500 Mio.US\$ liegen, nach 12.690 Mio.US\$ im ganzen Jahr 1988. (FCJ, 21.12.89; LHB, 8.12.89)

Taiwans Auslandsinvestitionen stiegen in den ersten drei Quartalen gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 259% auf 560 Mio.US\$, davon entfielen 83,9 Mio.US\$ auf Malaysia und 21,9 Mio.US\$ auf Thailand. (LHB, 9.11.89)

Einem Bericht der *Lianhe Bao* vom 22. Dezember zufolge erreichen die Devisenreserven der Zentralbank in Taiwan eine Höhe von 73,4 Mrd.US\$, einschließlich des Betrags von 4 Mrd.US\$ für Devisenmarktintervention verfügte die Bank vor Jahresende sogar über ein Devisenvermögen von 77,4 Mrd.US\$, knapp hinter Japan mit über 80 Mrd.US\$. Der schnelle Zuwachs der Devisenreserven Taiwans ist u.a. auf die fortdauernde Anhäufung von Zinsen mit rd. 500 Mio.US\$ im Monat aus den Devisenanlagen zurückzuführen. (LHB, 22.12.89) -ni-

Hongkong und Macau

***(41)**
Hongkong beginnt Zwangsdeportation vietnamesischer "Boat-people"

Die britische Kolonialregierung von Hongkong hat am 12. Dezember mit der seit langer Zeit international heftig umstrittenen zwangsweisen Rückführung vietnamesischer "Boat-people" begonnen. Hongkong dient vielen viet-

namesischen Bootsflüchtlingen als erste Station für ihre Flucht nach Nordamerika, Australien und Westeuropa. Seit 1975 hat die Kronkolonie rd. 170.000 Flüchtlinge aus Indochina aufgenommen. Nachdem die Industriestaaten ihre Bereitschaft, den Flüchtlingen Asyl zu gewähren, merklich eingeschränkt haben, ist die Zahl der in Hongkong weilenden Boat-people von Tag zu Tag gestiegen.

Seit 1982 müssen die Bootsflüchtlinge in Sammellagern hinter Stacheldraht untergebracht werden. Trotz der unerträglichen Lebensbedingungen in diesen Lagern drängten jedoch immer neue Bootsflüchtlinge in die Kronkolonie - 1988 waren es 21.300, 1989 rd. 35.000. Im Juni 1988 führte die Hongkonger Regierung ein Anerkennungsverfahren für politische Asylanten ein. Wirtschaftsflüchtlinge werden aufgefordert, freiwillig nach Vietnam zurückzukehren. Mitte Dezember wurden in den Lagern insgesamt über 56.000 Vietnamesen gezählt. Abgesehen von den 12.000 Asylanten, die vor der Einführung der Selektionspolitik in Hongkong gelandet waren, dürften schätzungsweise nur 10% der 44.000 übrigen Boat-people als politische Flüchtlinge anerkannt werden.

Nicht nur das Anerkennungsverfahren unter Aufsicht des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) für rd. 6.000 Personen im Jahr ist langwierig, auch von den als Wirtschaftsflüchtlinge identifizierten Vietnamesen will nur ein kleiner Teil freiwillig zurück - bis Ende 1989 noch nicht einmal 1.000. Daher drängte sowohl die Bevölkerung Hongkongs als auch die Regierung der VR China, die 1997 die Kolonie zurückzunehmen wird, die britische Regierung, Zwangsrückführungen der nicht-politischen Flüchtlinge nach Vietnam vorzunehmen. Ende November wurde beschlossen, alle Wirtschaftsflüchtlinge als illegale Immigranten zwangsweise abzuschieben. Hanoi sagte zu, die Rückkehrer ohne Bestrafung wieder aufzunehmen, da es sowohl für zwangsweise als auch für freiwillig Zurückkehrende ein Kopfgeld von 620 US\$ erhält. Einschließlich des Transports werden die Kosten für die Deportation jedes einzelnen Bootsflüchtlings auf ca. 1.000 US\$ geschätzt, wovon Hongkong und London jeweils die Hälfte tragen.

***(40)**

Kapitalverkehr und Devisenreserven

In den ersten zehn Monaten 1989 hat Taiwan ausländische Investitionen in Höhe von 2.065 Mio.US\$ genehmigt, 109,68% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die inländischen

Bei der ersten Zwangsdeportation am 12. Dezember wurden 51 Flüchtlinge - 9 Männer, 16 Frauen und 26 Kinder - unter massiven Sicherheitsvorkehrungen mit einem Flugzeug nach Hanoi gebracht. Da die vietnamesische Regierung nur ein kleines monatliches Kontingent an Rückkehrern akzeptiert, wird sich diese Aktion über Jahre hinziehen. Doch Hongkong hofft, mit dieser Maßnahme den weiteren Zufluß von Bootsflüchtlingen stoppen zu können.

Die Zwangsdeportation der Boat-people durch Hongkong stieß weltweit auf Kritik. Es sei nicht zu verstehen, so hieß es, daß die Einwohner Hongkongs sich einerseits unbarmherzig gegenüber den vietnamesischen Flüchtlingen zeigten - und das, obwohl es derzeit einen Mangel an Arbeitskräften in der Kolonie gebe, andererseits aber im Hinblick auf die eigene Zukunft nach 1997 von anderen Staaten Aufnahmegarantien für sich selber erwartete.

Da Hongkong allerdings jedes Jahr auch rd. 35.000 chinesische Flüchtlinge zwangsweise zurückschickt, erhebt sich die Frage, warum die Kolonie die vietnamesischen Boat-people bevorzugen sollte. Auch finanziell kann Hongkong allein mit seinen fünfeinhalb Millionen Einwohnern das Problem des ununterbrochenen Zustroms von Bootsflüchtlingen kaum lösen. Gegenüber Kritikern im eigenen wie auch im Ausland äußerte Premierministerin Frau Thachter, daß auch die US-Regierung abertausende haitianischer Boat-people bzw. illegale Einwanderer aus Mexiko zwangsweise abgeschoben hätte.

Bei dem "Mühlenspiel" mit den Bootsflüchtlingen hat nur die vietnamesische Regierung einen Vorteil. Wie immer wieder mitgeteilt wurde, hätten die Boat-people den vietnamesischen Behörden Devisen oder Gold geben müssen, bevor sie das Land verlassen konnten. Jetzt profitiert Hanoi durch Erhalt des "Kopfgeldes" für die Reintegration der Flüchtlinge. Darüber hinaus soll die britische Regierung bei der geheimen Vereinbarung über die Zwangsdeportation mit Hanoi noch andere Wirtschaftshilfen vereinbart haben. (DGB, 13.-14.12.89; The Straits Times, Singapur, 26.11. und 25.12.89;

AWSJ, 13. und 19.12.89; FT, 13.12.89; FAZ, 15.12.89; FEER, 21.12.89; XNA, 18., 20. und 30.12.89; FR, 14. und 15.12.89) -ni-

*(42)

Arbeit der sino-portugiesischen Liaison-Gruppe für die Übergabe von Macau läuft zügig voran

Die sino-portugiesische Liaison-Gruppe für die Vorbereitung der Übergabe Macaus an China 1990 nach der gemeinsamen Erklärung zwischen Beijing und Lissabon hielt vom 4.-8. Dezember 1989 ihre 6. Tagung in Macau ab. In einem Pressecommuniqué dazu heißt es, daß beide Seiten zur Übereinstimmung darüber gekommen seien, für Macau die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation GATT sowie in der Internationalen Meeresorganisation (International Maritime Organization, IMO) zu beantragen.

Auf Fragen von Journalisten sagte der chinesische Delegationsleiter, Kang Jimin, daß man auf der Sitzung nicht über die Anwendung der "Internationalen Menschenrechtskonvention" in Macau diskutiert habe. Weder die chinesische noch die portugiesische Seite denke zur Zeit daran. Ferner erklärte er, wenn die portugiesische Seite einen solchen Vorschlag unterbreiten sollte, dann müsse die Frage mit beiden Seiten besprochen und gemeinsam gelöst werden. (DGB, 10.12.89; SWB, 11.12.89)

Die Frage wurde offenbar deshalb gestellt, weil die sino-britischen Verhandlungen über die Übergabe Hongkongs 1997 infolge der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung vom 4. Juni 1989 in Beijing schwer belastet sind. Aus Protest gegen die Menschenrechtsverletzung hatte London die 13. Sitzung der sino-britischen Liaison-Gruppe für die Vorbereitung der Übergabe Hongkongs für mehrere Monate verschoben. Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen Ende September 1989 verlangte die britische Seite von den Chinesen für die Bevölkerung Hongkongs eine Garantie von Freiheiten in der Zukunft. Außerdem erklärte die Hongkonger Regierung, die Anwendung des "Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte" durch Gesetzgebung zu festi-

gen. (Siehe dazu das Thema des Monats in diesem Heft: "Die Wiederbelebung der sino-britischen Kontroverse über Hongkong".)

Bereits am 5. Oktober 1989 hat der chinesische Ministerpräsident Li Peng gegenüber dem Gouverneur von Macau, Carlos M. Melancia, bei dessen Besuch in Beijing die "besonnene" Haltung Portugals zu den Vorgängen vom 4. Juni gelobt. (XNA, 6.10.89; SWB, 10.10.89) Die Menschenrechtsfrage ist in Macau wahrscheinlich auch deshalb nicht so akut wie in Hongkong, weil 100.000-130.000 Einwohner der portugiesischen Kolonie, d.h. rd. ein Viertel der Bevölkerung, einen portugiesischen Paß besitzt und damit im Unterschied zu den "Bürgern der britischen abhängigen Territorien" (BDTCs) von Hongkong berechtigt sind, sich jederzeit im portugiesischen Mutterland und anderen EG-Staaten niederzulassen. (Vgl. HB, 20.12.89; Yu-Hsi Nieh, "Die Zukunft Macaus", in C.a., April 1987, S.320 ff., hier S.321) -ni-